

Editorial

Datenschutz, Informationsfreiheit, Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind beinahe klassische Themenfelder der EUKritV. Die Diskussion um den Europäischen Datenschutz, der derzeit sich auf den Entwurf einer Europäischen Datenschutzgrundverordnung und auf eine Europäische Richtlinie für Datenverarbeitung bei Polizei und Justiz konzentriert, steht auf der politischen Agenda nicht nur europäischer Institutionen. Die Aufgabe ist komplex, die politischen Interessen sind vielfältig, kontrovers und voller Konflikte. Vielfältig, weil verschiedene Akteure auf nationaler, europäischer und zwischenstaatlicher Ebene Stimme und Gewicht haben. Vielfältig auch, weil sich staatliche und private Akteure, Sicherheitsorgane und global players politisch kraftvoll zu Wort melden. Kontrovers, weil all diese Akteure den Datenschutz anders interpretieren und widerstreitende Gestaltungsinteressen aufweisen. Schliesslich voller Konflikte, weil sich innerhalb des politischen Systems Sicherheitsinteressen und Bürgerrechte, kommerzielle Verwertbarkeit und Verbraucherschutz, umfassende Kontrolltendenzen und Privatsphäre, geheime Codierung und Transparenz gegenüberstehen.

Diese Gegensätze prägen die Debatte und stellen Reichweite und Inhalte neuer Datenschutzregeln auf Europäischer Ebene in Frage. Sie sind der Hintergrund für die politische Blockade des Ministerrats, weil die Mitgliedstaaten auf Sicherheitsinteressen beharren. Sie erklären, warum einflussreiche Lobbyisten in Brüssel gegen höhere Datenschutzstandards kämpfen. In einer höchst unklaren Gemengelage staatlicher und privater Interessen besteht das Risiko, dass der Datenschutz auf europäischer Ebene schwach, ja gleichsam inexistent bleibt. Zugleich befinden wir uns in einem permanenten und schleichenden Prozess der Vermessung unserer virtuellen Welten, mit schwerwiegenden Folgen für unsere Persönlichkeitsrechte innerhalb des Internets, vor allem aber im realen Leben. Algorithmen regieren: Sie screenen und erfassen den Kern unserer Persönlichkeiten, unseres Menschseins, unserer Würde. Der Europäische Datenschutz hängt normativ – auch technisch – hinterher. Die Wirkungsmacht von Sicherheits- und kommerziellen Verwertungsinteressen wird durch das Fehlen einer ebenso wirkungsmächtigen Idee Europäischen Datenschutzes befördert. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung angesichts der Herausforderungen digitaler Überwachungstechnologien bleibt – zumindest in der Europäischen Exekutive – Lippenbekenntnis. Vor allem den Staats- und Regierungschefs fehlt es an einer europäischen Vision, die den Schutz der Freiheitsrechte von Unionsbürgern als politisch prioritär ansieht. Ohne Übertreibung: Mit dem Datenschutz steht und fällt künftig der Schutz der Freiheit in Europa überhaupt. Datenschutzpolitik ist direkt an das Bild von der Person als eines zur Freiheit fähigen Bürgers gekoppelt. Diese Linie spiegelt sich in allen Beiträgen dieses Schwerpunktheftes – Aktuelle Entwicklungen des Europäischen Datenschutzrechts – wider. Dieses Heft ist eine Plädoyer für mehr – europäischen – Datenschutz. Es hat seine Wurzeln im Forschungskontext Medien- und Telekommunikationsrecht der Fakultät für

Rechts-, Wirtschafts- und Finanzwissenschaften der Universität Luxemburg. Ich danke allen, die an diesem Heft mitgewirkt haben, sehr herzlich.

Stefan Braum

Luxemburg, im März 2014